

VORWORT

Der hessische Weg – bemerkenswert anders?

Warum wir bei der Polizei eine Trendwende in der politischen Betrachtung brauchen

Die hessische Polizei ist in den letzten Monaten aus der negativen Berichterstattung nur schwerlich herausgekommen. Die Drohmailaffäre, angebliche rechts-extreme Netzwerke, unterstellter Rassismus und ein generelles Gewaltproblem wurden mehr oder weniger undifferenziert in den Raum gestellt und öffentlich diskutiert. Kaum zu übersehen waren auch die deutlichen Hinweise aus den Medien und der Politik, dass Hessen im Vergleich mit den anderen Bundesländern offensichtlich eine negative Sonderstellung einnimmt. Fast ungebremst ereifern sich Journalisten und einige Oppositionspolitiker, die Polizei pauschal und auf breiter Front an den Pranger zu stellen.

Die Antwort des Innenministers ist ein „Maßnahmenkatalog zur hessischen Polizei“. Vorgestellt am 17. Juli dieses Jahres. Ein weiteres restriktives Werk, welches den Zweck verfolgt, die gesamte hessische Polizei wegen des Fehlverhaltens einiger weniger zu disziplinieren.

Neben einigen praktischen und auch von der GdP empfohlenen Verbesserungen im täglichen Dienstablauf, wie z. B. bei der Sicherheit der persönlichen Accounts, beinhaltet das Papier auch die Ankündigung einer 14-köpfigen Expertenkommission: „Leitbild Polizei: Die gute Arbeit der Polizeibeamten stärken – Fehlverhalten frühzeitig erkennen und ahnden.“ Aufgabe der Kommission ist es, den Umgang mit Fehlverhalten in der Polizei sowie ein neues Leitbild zu erarbeiten. Weiter wurde in dem Papier die Verschärfung des Disziplinarrechtes, ein Sperrvermerk für Abfragen von Personen des öffentlichen Lebens und die Schaffung eines Polizeibeauftragten in Hessen angekün-

digt. Alles Punkte, die wenig mit Vertrauen in die große Masse der ordentlich arbeitenden Polizistinnen und Polizisten zu tun haben und die geeignet sind, für weiteren Frust in der Truppe zu sorgen. Außerdem verfällt der Maßnahmenkatalog in alte hessische Strickmuster, indem erneut versucht wird, die Polizei „von oben zentral“ als lenkbare Masse zu führen.

Wir erinnern uns:

Stichwort Leitbild, da war doch was? Brauchen wir tatsächlich ein neues Leitbild? Wir haben seit vielen Jahren ein Leitbild bei der hessischen Polizei. Es beinhaltet heute noch die grundlegenden und wichtigen Vorgaben und Ziele für eine rechtsstaatliche und bürgernahe Polizei sowie den internen Umgang für Teamfähigkeit und Motivation. Es war alleine der negativen Führungskultur des damaligen Landespolizeipräsidenten Norbert Nedela geschuldet, dass unser Leitbild nie zu dem geworden ist, was es sein sollte. Nedela hatte mit seinem Führungsstil, der mit den Elementen des kooperativen Führungsstils eben nicht vereinbar war, die gesamte hessische Polizei nachhaltig negativ beeinflusst und das Leitbild ad absurdum geführt. Über den damals in Dauerkritik stehenden autoritären Umgang wissen die Beamten des höheren Dienstes aus dieser Zeit ein Lied zu singen.

Kollegen, die sich in dieser Zeit auf das Leitbild beriefen, wurden milde belächelt. Dass das Leitbild der hessischen Polizei niemals mit Leben erfüllt wurde, lag nicht an den rund 19.000 Kolleginnen und Kollegen in der Polizei. Wir tun uns deshalb heu-



Foto: GdPHessen

Andreas Grün, Landesvorsitzender

te schwer, wenn die Politik nun ein neues Leitbild einfordert, um uns die guten Regeln für die Ausübung des Dienstes zu vermitteln.

Im Jahr 2004 trat Hessen als einziges Bundesland aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) aus. Hessen war fortan bei Tarifauseinandersetzungen und Arbeitskämpfen von der großen Solidargemeinschaft aller Bundesländer abgekoppelt. Ein Stachel, der heute noch tief sitzt.

Im Januar 2008 veranlasste Nedela eine Unterschriftenaktion der Polizeipräsidenten in Hessen mit der Überschrift „Jetzt reicht’s“. Eine Führungsentgleisung der besonderen Art, der lediglich zugrunde lag, dass die GdP eine Postkartenaktion durchgeführt hatte und sich gegen die angekündigten Schließungen von Polizeidienststellen starkmachte. Als Norbert Nedela in diesem Zusammenhang die GdP als „Nestbeschmutzer-Organisation“ betitelte, hatte er seinen Führungsanspruch endgültig verspielt.

Dies alles geschah mit Duldung des damaligen Innenministers Volker Bouffier, der wei-



ter an Nedela festhielt. Erst durch die Berufung von Innenminister Boris Rhein wurde die Ära Nedela 2010 beendet. Auszug aus Wikipedia:

„Wegen Differenzen in Fragen der Führung der hessischen Polizei (interne illegale Machenschaften, Mobbing, Intrigen und Verleumdungen) wurde Nedela vom hessischen Innenminister Boris Rhein am 2. November 2010 in den einstweiligen Ruhestand versetzt.“

Ein Jahr zuvor hatten hessische Polizisten von ihrem Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit Gebrauch gemacht und im Februar 2007 in Baunatal für eine bessere Bezahlung demonstriert. Der damalige Innenminister Bouffier erklärte öffentlich in der Hessenschau die demonstrierenden Kolleginnen und Kollegen der hessischen Polizei für „Krawallmacher“. Ein beispielloser Vorgang, der den politischen Tiefpunkt im Umgang mit der Polizei darstellte.

Vergleichbare Verlautbarungen anderer Innenminister gegenüber ihrer Polizei hat es in dieser Form nirgends gegeben. In diesem Zusammenhang ist auch anzuführen, dass die hessischen Polizisten die einzigen in ganz Deutschland sind, die nach wie vor nicht in Uniform demonstrieren dürfen. Ein Relikt wie aus einer anderen Zeit, das aber heute noch von dem grünen Koalitionspartner stillschweigend mitgetragen wird.

Mitte der 2010er-Jahre kam endlich Bewegung in die Forderungen der GdP. Es wurde begonnen, das an allen Ecken und Enden fehlende Personal aufzustocken und auch bei den Beförderungsmöglichkeiten wurde nachgebessert. Doch bestätigt eine aktuelle Umfrage weiter dringenden Handlungsbedarf, denn 58,1 Prozent beklagen sich nach wie vor über fehlende Beförderungsmöglichkeiten.

Im Jahre 2015, auf dem Höhepunkt der Flüchtlingswelle, die auch die hessische Polizei vor gewaltige Herausforderungen stellte, bekamen die hessischen Polizistinnen und Polizisten von der schwarz-grünen Landesregierung als einzige Polizei eine Nullrunde verordnet. Alle anderen Länder übernahmen das Ergebnis der Tarifverhandlungen auf die Beamten.

Bayern legte für seine Polizisten sogar noch 500 Euro Einmalzahlung oben drauf. Dieses hessische Besoldungsdiktat in schwierigster Zeit wirkt bis heute in vielen Köpfen der hessischen Polizisten als mangelnde Wertschätzung nach.

Das ist im Übrigen ganz aktuell in den Ergebnissen der Umfrage des Innenministers in der hessischen Polizei vom Februar dieses Jahres nachzulesen. Fast die Hälfte der hessischen Polizisten (46,4 Prozent) benannten die fehlende Wertschätzung ihrer Arbeit. Gar 78,7 Prozent beklagten den noch immer bestehenden Personalmangel. Alleine aus den Ergebnissen dieser aktuellen Umfrage würde sich ein „Maßnahmenkatalog“ der anderen Art zwingend aufdrängen.

Bleibt noch festzuhalten, dass für die hessische Polizei das schlechteste Personalvertretungsgesetz aller Bundesländer gilt und wir auch in den Geschäftsführungen der Personalräte bundesweit die schlechteste Freistellungsregelung haben. Ganz offensichtlich sieht man in Hessen Personalräte und personalrätliche Mitbestimmung als hinderlich an. Ein modernes und nicht aus der Zeit gefallenes Personalvertretungsrecht hätte sicherlich die eine oder andere Woge der Vergangenheit glätten und für mehr Berufszufriedenheit sorgen können.

Auch die Einführung der Kennzeichnungspflicht für die Polizei war ein Element des Misstrauens und hat sich anhand der vorliegenden Zahlen bis heute nicht gerechtfertigt.

Wie unschwer zu erkennen ist, gibt es in der hessischen Polizei im Vergleich zu den anderen Polizeien der Bundesländer in der Historie deutliche Unterschiede. Unterschiede, die elementar mit Berufszufriedenheit und Wertschätzung zu tun haben und die die Polizei immer im Kollektiv betroffen haben. Unterschiede, die noch heute dazu führen, dass Polizeibeamte beim Eintritt in den Ruhestand davon sprechen, dass dies nicht mehr ihre Polizei ist. Zu einschneidend, zu abkoppelnd und zu desavouierend waren die hessischen Alleingänge in der Summe.

In einem Interview mit der Deutschen Presseagentur habe ich bereits 2016 sehr deutlich

darauf hingewiesen, dass ich aus Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen die klare Wahrnehmung habe, dass sich immer mehr hessische Polizisten von der Politik nicht mehr ausreichend vertreten fühlen und sich abwenden. Ein fataler Befund, der schon vor Jahren in einer konsequenten Befassung hätte münden müssen.

Nun steht ein weiterer hessischer Sonderweg mit dem restriktiven „Maßnahmenkatalog“ an, der die gesamte Polizei wegen des Fehlverhaltens einiger weniger disziplinieren soll. Viele Kolleginnen und Kollegen werden sich ungerecht behandelt fühlen und wenig Verständnis aufbringen. Ihnen wird ein weiteres Mal ein hessischer Sonderweg zugemutet, den sie in der Masse nicht zu verantworten und mehrheitlich nicht überzeugt mittragen werden. Wenn die hessische Landesregierung dennoch an dem vorgezeichneten Weg dieses umfangreichen „Maßnahmenkataloges“ für die hessische Polizei“ festhalten will, so bedarf es einer erkennbaren Kompensation, um die Berufszufriedenheit und auch letztlich das Image der Polizei in Hessen zu stärken. Eine Kompensation, die zeitnah die wesentlichen Punkte aus der Umfrage der hessischen Polizei vom Februar dieses Jahres aufgreift und für wirksame kurzfristige und spürbare Verbesserungen sorgt.

Die Fragen zur Wertschätzung der Arbeit, den fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten und die Personalfrage müssen mit einem wie auch immer ausgestalteten anderen „Maßnahmenkatalog“ als Zeichen der Anerkennung der guten Arbeit der großen Masse der Polizistinnen und Polizisten einhergehen und deutlicher als bisher konkret beantwortet werden.

Sollte es dennoch ein einseitiger restriktiver „Disziplinierungskatalog“ bleiben, so steht zu befürchten, dass die Polizei in Hessen ein weiteres belastendes Alleinstellungsmerkmal verordnet bekommt und im Vergleich zu anderen Bundesländern weiter an Boden verliert.

Andreas Grün,
Landesvorsitzender

FINANZEN IN KRISENZEITEN

GdP-Forderungen zum Landeshaushalt

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist ein grundlegender verfassungsrechtlicher Anspruch der Bürgerinnen und Bürger. Diese Aufgabe wird maßgeblich durch die Polizei wahrgenommen, die dadurch wie kaum ein anderer Bereich im öffentlichen Fokus steht. Dies gilt insbesondere in Zeiten der Pandemie.

Deswegen darf das Vorhaben der Landesregierung, bis zum Jahr 2022 1.520 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten einzustellen, nicht infrage gestellt werden. Dies gilt auch für die im Koalitionsvertrag verabredete Erhöhung von benötigtem Fachpersonal und weitere Stellen bei der Wachpolizei. Kernpunkte des 2020 startenden Sicherheitspakets III sind, neben zusätzlichen Stellen für den Polizeivollzug, 150 neue Stellen innerhalb der Polizeiverwaltung sowie 100 zusätzliche Stellen im Bereich der Wachpolizei. Dreiviertel der Vollzugsbeamtinnen und -beamten befindet sich im Eingangsam oder ersten Beförderungsam A9 / A10; es gibt kaum Aufstiegsmöglichkeiten. Um diesem „Bocksbeutel-Effekt“ wirksam zu begegnen, wäre ein Hebungsprogramm für die Polizei (auch der Fach- und Verwaltungsbeamtinnen und -beamten) mit den Schwerpunkten in den Besoldungsgruppen A 11, A 12 und A 13 sinnvoll. Die Stellenplanobergrenzen sind wirksam auszuschöpfen.

Um für die anspruchsvolle Aufgabe auf dem Arbeitsmarkt eine ausreichende Zahl von geeigneten Personen zu finden, muss der Polizeiberuf deutlich attraktiver gemacht werden. Dazu gehören auf der einen Seite verbesserte Einkommensbedingungen für die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten. Aber auch unsere Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Denn die

Verwaltung in der Polizei hat insbesondere in Krisenzeiten ganze Arbeit geleistet.

Unsere Beschäftigten wurden durch das Krisengeschehen doppelt belastet: Einerseits mussten sie wie auch alle anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit der Bewältigung der alltäglichen Aufgaben unter neuen Bedingungen (Homeoffice, Telearbeit usw.) fertig werden. Zum anderen stand der öffentliche Dienst und damit die Polizeibeschäftigten immer im Fokus der Öffentlichkeit und damit vor neuen Aufgaben.

Die Corona-Krise und ihre Folgen können nicht wieder zu Kürzungen bei den Leistungen und den Ausgaben oder gar zu Einschnitten im Personalbereich führen – diese in den vergangenen beiden Dekaden immer wieder praktizierte, kurzsichtige Politik darf sich nicht wiederholen. Gerade mit Blick auf Krisensituationen darf die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand nicht gefährdet werden! Aufgrund des langfristig zu erwartenden Rückgangs beim Arbeitskräftepotenzial steht der öffentliche Dienst und damit die Polizei bei der Personalgewinnung in Konkurrenz zur Privatwirtschaft – eine unangemessene Bezahlung und schlechte Arbeitsbedingungen würden hier zu großen Problemen führen. Das Land sollte die Entwicklung der jüngsten Vergangenheit im Bereich Tarif und Besoldung fortschreiben: Der angemessene Tarifabschluss für die Jahre 2019 ff., die neue Entgeltordnung mit

der Entzerrung der Entgeltgruppen 9 in 9a und 9b, die Neuordnungen im IT- und Ingenieurbereich zeigen positive Wirkung. Positiv zu bewerten ist auch die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass das Land Hessen seine Zusagen zum Ausbildungspakt einhält. Befristete Verträge sollten keinesfalls Corona-bedingt auslaufen. Zudem ist auch ein nachhaltiges Höhergruppierungsprogramm für die Entgeltgruppen E 3 bis E 9a/9b, das betrifft 90 Prozent der Tarifbeschäftigten bei der hessischen Polizei, längst überfällig. Die Zuständigkeiten der Tarifbeschäftigten haben sich aufgrund der vielschichtigen Aufgaben der Vollzugspolizei sowohl quantitativ als auch qualitativ verändert. Entsprechend Anpassungen der Arbeitsplatzbeschreibungen müssen angemessene Höhergruppierungen folgen.

Die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte ist während der Pandemiezeit weiter angestiegen, und auch das Ausmaß an Brutalität hat signifikant zugenommen. Im Jahr 2019 gab es insgesamt 4.080 Angriffshandlungen gegen Polizeibeschäftigte (vgl. 2018 3.967 Angriffshandlungen). Entsprechend fallen die gesundheitlichen Folgen für die Vollzugsbeamtinnen und -beamten aus.

Mindestens die bereits geschaffenen Fürsorgemaßnahmen, wie Kuren für be-



Foto: GdP Hessen

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle

Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion

Markus Hüschentt (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden



Jetzt wird in den elf Polizeibehörden eines gefordert sein: Vertrauen in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

sonders belastende Organisationseinheiten, sind endlich durchzuführen. „Die Generation Corona und die Gewalt“, titelte eine Zeitung aus dem mittelhessischen Marburg nach den Ausschreitungen auf dem Frankfurter Opernplatz. Nach Stuttgart kam es dann auch in Frankfurt am Main zu Ausschreitungen und Krawallen. Mit spürbaren Folgen für die dort eingesetzten Polizeibeschäftigten, die zum Teil nicht unerhebliche Verletzungen davontrugen. Polizeiwissenschaftler in Deutschland wollen wissen, warum diese Ausschreitungen einen Bezug zur aktuellen Pandemiesituation haben. Diskotheken seien geschlossen, junge Menschen fühlen sich eingesperrt. Auf der Suche nach alternativen Feierlichkeiten geraten sie dann in den Fokus der Ordnungskräfte. Wird die Polizei tätig, solidarisieren sich viele gegen die Polizei und deren Beschäftigte. Nicht nur in der Stuttgarter, sondern auch in der darauffolgenden Frankfurter Krawallnacht bekam das die Polizei zu spüren. Polizeipräsident Bereswill stellte sich im Nachgang immer wieder vor die Kol-

leginnen und Kollegen. Mehrere pauschale Vorwurfslagen, wie latenter Rassismus und unterstelltes „Racial Profiling“, sind immer wieder zu vernehmen. Die Polizei und ihre Beschäftigten bleiben also Angriffsziel gewaltbereiter Zeitgenossen.

Keine Rückkehr in starre (alte) Arbeitszeitformen. In die bisherige Arbeitswelt (vor Ausbruch der Corona-Pandemie darf es keine zwangsweise Rückkehr mehr geben. Gefragt ist nach den zu konstatierenden Lockerungen immer stärker der Arbeitssektor, ohne den sprichwörtlich „kein Staat zu machen ist“! Jetzt wird in den elf Polizeibehörden eines gefordert sein: Vertrauen in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Kein Misstrauen in nicht kontrollierbare Arbeitszeitformen. Mobiles Arbeiten, ein nicht in das gewohnte Beamtendeutsch zu übersetzender Begriff, schreckt noch immer viele Führungskräfte ab.

Es braucht nicht die Enge und Stickigkeit vieler Polizeiliegenschaften. Vertrauen, Innovation und Förderung sind die neuen Motivationsinstrumente, die für

viele Führungskräfte, gerade in einer hierarchischen Polizei, in keinem Lehrbuch zu finden sind. Hohe Homeoffice-Zahlen haben sich durch Verständnis der Mitarbeiter, kluge Arbeitsabläufe und einem klaren Selbstverständnis zum Polizeiberuf mittlerweile relativiert.

An der Forderung einer 38,5-Stunden-Woche für alle Polizeibeschäftigten wird festgehalten, um den Folgen durch die permanent steigenden Einsatzbelastungen wirksam zu begegnen. Als erster Schritt ist die Einführung der 40-Stunden-Woche und analog zum TV-H die 38, 5-Stunden-Woche für den Wechselschichtdienst geboten. Nicht zuletzt gilt auch für die Polizei, dass sich das Lob, das von der Politik in diesen Krisenzeiten als systemrelevante Organisation ausgesprochen wurde, in anstehenden Tarifverhandlungen und der zeit- und inhaltsgleichen Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten niederschlagen muss.

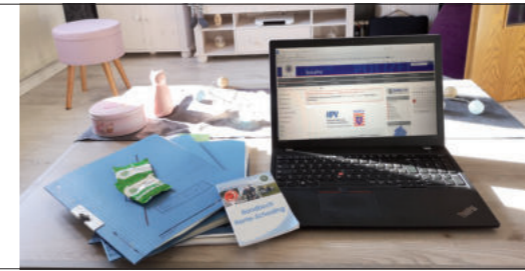
Jens Mohrherr,
stellv. Landesvorsitzender

auf, Ilias – die Plattform der HfPV und digitaler Lehre ist die Wunderwaffe. Ja, ein paar der über 400 Lehrbeauftragten haben da schon mal was von gehört. Ein paar haben vor Jahren schon mal ein Einsteigerseminar besucht. Aber weiß man da noch was? Fühle ich mich gerade etwas alleingelassen von der HfPV? Kann ja den Studies mehrere Fälle zum Bearbeiten schicken, dann haben die was zu tun ... (auf der Couch).

Und ob die was zu tun haben. In meiner Eigenschaft als Personalrat fragt man auch mal, wie das alles funktioniert. Und viele Stimmen sagen mir: „Ich will wieder an die HfPV zum Präsenzunterricht, werde zugemüllt mit Arbeitsaufträgen, die nicht abzuarbeiten sind. Es kommen täglich E-Mails von Dozenten mit Arbeitsaufträgen, aber ansonsten kein Kontakt.“

Machen wir Lehrenden uns es da doch nicht etwas einfach, denke ich mir? Brauche ich mehr Unterstützung der HfPV. Die müssen doch Erfahrungen haben und vorbereitet sein in der heutigen Zeit und Online-Unterricht anbieten können.

Aber nein, die Studierenden sind es, die aktiv werden. Kommen auf mich zu. „Da gibt's ein System, Herr Lehrer, da können wir Online-Vorlesungen halten.“ Mir wird's



Grafik: Jörg Thumann

schummerig. Mit meinem gefährlichen Computerwissen in dieses Abenteuer? Und es klappt, der Studiengruppensprecher ist motiviert und lehrt mich über Stunden, mit dem System umzugehen. Alle Aktivitäten kommen aus der Studiengruppe, online. Chapeau – doch nicht Chillen auf der Couch!

Und heute? Wir machen mehrmals die Woche Online-Unterricht. Es klappt und macht Spaß. Und auf Nachfrage als Personalrat, wie es denn so läuft, kommt die Antwort, mit dem einen Dozenten so, mit dem anderen nicht so und mit manchen kann's auch Spaß machen. Nebenbei können wir noch per Webcam wunderbar das Wachstum unserer Haarpracht verfolgen. Online-Unterricht; eine Klasse für sich.

Kleine Kritik am Ende sei noch erlaubt. Alles, was jetzt in Richtung digitalisiertem Lernen anläuft, hat gute Perspektiven für die Zukunft.

Es kann die Attraktivität des Polizeiberufes steigern, es kann logistische Probleme ein Stück weit lösen. Es ist die Chance in der Krise, etwas Gutes entstehen zu lassen.

Aber warum ist das nicht früher angefallen? Die Medien und Mittel, die sowas anbieten, gibt es schon lange. Eine HfPV Hessen mit acht (!) Lizenzen für Online-Unterricht per Video. Wurde da was verschlafen? Hat man da gewollt oder ungewollt den Anschluss an das digitale Zeitalter verpasst?

Ich wünsche mir, dass auch nach der Krise aktiv und mit festem Willen an den elektronischen Formen des Lehrens gearbeitet wird. Dies würde einer neuen Hochschule nicht schaden in ihrem Ansehen. Eines habe ich auch dazu gelernt, die Studierenden haben nicht auf dem Sofa gechillt ...

Sie sind sehr diszipliniert, engagiert und mit Herzblut in die Situation reingegangen, was man von dem einen oder anderen Dozenten auch erwartet hätte. Viele wären lieber im Präsenzstudium jeden Morgen zur Hochschule gefahren. Aber das wird so bald nicht geschehen können, es sei denn ... Warten wir es ab!

Jörg Thumann

Polizei 2020

Eine elektronische Form des Fernstudiums stellt das Online-Studium dar, bei dem Studieninhalte in Audio-, Video- oder Schriftform über das Internet bereitgestellt werden. Die Betreuung durch Lehrkräfte findet in der Regel über Chat, Videokonferenzen, E-Mails oder Telefone statt. Ein digitaler „Lernraum“ ermöglicht, digitale und interaktive Lernmaterialien über das Netz anzubieten, sowie die Kommunikation zwischen Lehrkräften und Studenten sowie der Studenten untereinander. Im Vergleich zum klassischen Fernstudium zeichnen sich Online-Studiengänge durch geringere Abbrecherquoten aus.

+++Auf geht's - in die Zukunft!+++

Grafik: Jörg Thumann

HESSISCHE HOCHSCHULE FÜR POLIZEI UND VERWALTUNG

Von wegen Studierende chillen zu Hause!

In Pandemiezeiten ist alles anders. Das haben wir zum Teil auch schmerzlich erfahren müssen. Erlasse über Erlasse, die den Dienstbetrieb, das Schichtmodell und die Hygienebedingungen an den Dienststellen regeln.

Und bei allem Neuen und auch Durcheinander trifft es dann auch den Polizeinachwuchs. Von heute auf morgen „Schule“ (HfPV) geschlossen. Was tun? Klar und ohne jemand einen Vorwurf zu machen, ist der Betrieb erstmal gelähmt und das Chaos perfekt.

Stimmen machen die Runde: „Na ja, jetzt chillen die Studierenden bei vollem Lohn zu Hause auf der Couch ...“

Und ich als Lehrbeauftragter mache mir Sorgen, was muss ich nun tun, wie will ich die Jungs und Mädels auf die Klausur vorbereiten, wie soll ich meine Stunden halten. Wie geht's weiter? Fragen über Fragen. Eine völlig neue Situation, nie da gewesen bisher.

Dann kommen erste Mails: Liebe Lehrbeauftragte, es muss weitergehen, geben sie Arbeitsaufträge, nehmen sie Kontakt

EINSATZBETREUUNG

GdP vor Ort am Opernplatz

Einmal mehr hat die GdP gezeigt, dass sie zu allen Zeiten für unsere Kolleginnen und Kollegen da ist: an den Samstagen nach den Opernplatzkrawallen betreute die Bezirksamtsgruppe Frankfurt die Einsatzkräfte im Bereich des Stadtgebiets Frankfurt. Nicht nur Kräfte aus Hessen, auch die Bundespolizei sowie die Ordnungskräfte der Stadt Frankfurt waren aufgrund der bekannten Krawalle eingesetzt.

Ab den frühen Abendstunden bis um Mitternacht versorgten freiwillige Helfer der GdP die Einsatzkräfte mit Eis. Bei Temperaturen um die 30 Grad wurden zahlreiche informative Gespräche mit Einsatzkräften und Passan-

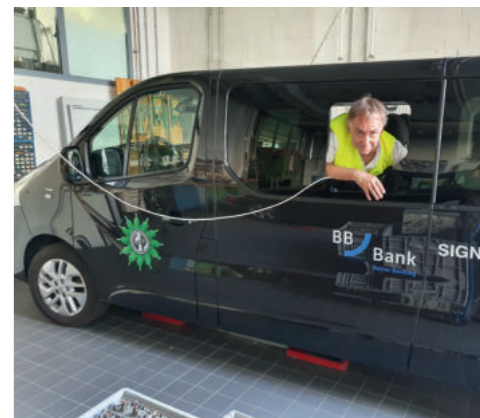
ten geführt. Das persönliche Gespräch über kleinere oder auch größere Probleme während des Einsatzes bei einem erfrischenden Eis wurde durch die Kolleginnen und Kollegen vor Ort gerne angenommen.

Die Einsatzbetreuung durch Vertreterinnen und Vertreter der GdP waren ehrenamtlich in ihrer Freizeit im Einsatz. Natürlich mit Maske und dem gebotenen Sicherheitsabstand. Es zeigte sich auch hier wieder, dass wir als Gewerkschaft der Polizei und als größte Interessenvertretung der Polizei im Land Hessen vor Ort gezielt unterstützen.

Karin Schäfer



Foto: Karin Schäfer





GdP trauert um Manfred Meise

Am 25. August 2020 verstarb im Alter von 80 Jahren der ehemalige Polizeipräsident von Mittelhessen, Manfred Meise. Manfred Meise war seit 60 Jahren GdP-Mitglied und gleichermaßen ein gewerkschaftliches wie polizeiliches Urgestein.

Im Mai 1991 wurde Manfred Meise vom damaligen Innenminister Herbert Günther zum Polizeipräsidenten des damaligen Polizeipräsidiums Gießen ernannt. 14 Jahre lang blieb er an der Spitze des Polizeipräsidiums in Gießen, das 2001 in das PP Mittelhessen reformiert wurde,

ehe er im Mai 2005 in den verdienten Ruhestand ging.

Seine große Beliebtheit ging weit über die Grenzen Mittelhessens hinaus. Ich erinnere mich noch an unseren letzten Landesdelegiertentag im April 2018 in Marburg, als ich Manfred, vor den Delegierten der gesamten GdP Hessen, als Ehrengast begrüßen durfte. Der lange anhaltende und deutlich über das normale Maß hinausgehende herzliche Applaus der Delegierten brachte die großen Sympathien deutlich wahrnehmbar zum Ausdruck.



Foto: POA/PPWH

„Der Mensch steht im Mittelpunkt des Handelns.“ Das war die Devise, nach der Manfred Meise lebte und die mittelhessische Behörde führte. Dieses Motto wird immer mit seinem Namen verbunden bleiben. Er hatte die große Gabe, dienstliche Notwendigkeiten, die es umzusetzen galt, mit einem kaum zu übertreffenden Maß an sozialer Kompetenz und kollegialem Umgang umzusetzen. Über Köpfe (Menschen) hinweg reine Sachentscheidungen zu treffen, war mit ihm nicht zu machen.

Noch heute, über 15 Jahre nach seinem Eintritt in den Ruhestand, erinnern sich viele Kolleginnen und Kollegen gerne an den beliebten Behördenleiter. Vorbildlich war auch sein Umgang mit dem Personalrat. Mitbestimmung und frühzeitige Beteiligung des Personalrates waren für Manfred Meise keine gesetzlichen Vorgaben, die es zu erfüllen galt, sondern persönliche Überzeugungen, die fest mit seinem Charakter verbunden waren.

Die Gewerkschaft der Polizei trauert mit seiner Ehefrau und seinem Sohn um einen Menschen, der tiefe Spuren hinterlassen und sich in ganz besonderer Weise für die Polizei verdient gemacht hat.

Wir werden Manfred Meise immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Für den Landesvorstand der GdP Hessen, Andreas Grün, Landesvorsitzender

Anzeige

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hessen haben.

Hilf uns, unsere Präventionsschriften für die GdP in Hessen zu bewerben und herauszubringen.

Nähere Informationen erhältst du unter www.vdp-polizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211 7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183, Frau Antje Kleuker
antje.kleuker@vdp-polizei.de
www.vdp-polizei.de

Schwierige Zeiten gemeinsam meistern – in einer starken GdP!

Jetzt
Mitglieder
werben!

#betreuen



Gemeinsam machen wir gerade eine sehr schwierige Zeit durch. Viele von uns sorgen sich um die Gesundheit ihrer Familien, ihrer Kolleginnen und Kollegen und auch um die eigene Gesundheit. Neue Schichtmodelle sowie der Spagat zwischen Arbeit und Familie **lassen die GdP flexible Lösungen zur Kinderbetreuung fordern! Denn wir kümmern uns um alle!**

Die GdP ist die größte und einflussreichste Gewerkschaft im Polizeibereich – eine Gewerkschaft für alle, die in der Polizei ihrem Beruf nachgehen, – für Beamte und Tarifbeschäftigte, nur **gemeinsam werden wir Zukunft solidarisch und demokratisch gestalten können!**

Tolle Verlosungsaktionen für Werber/innen und Neumitglieder sowie attraktive Prämien!

**Gewerkschaft
der Polizei**

Hessen

GdP Hessen · Wilhelmstr. 60 a · 65183 Wiesbaden · www.gdp.de/hessen · www.facebook.com/gdphessen



→ Infos

Wir danken unseren Sponsoren:





STUDIUM

GdP mit neuem Angebot für Berufsanfänger

Mehrere Hundert junge Frauen und Männer haben im September ihr Studium bei der Hessischen Polizei aufgenommen. Die GdP bietet den Berufsanfängern einen besonderen Service: eine Homepage nur für „Studis“!

Unter „studis.gdphessen.de“ haben die jungen Studierenden – die genaue Anzahl stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest – nunmehr die Möglichkeit, sich umfassend über das Studium, die Vorteile einer Mitgliedschaft in der GdP und das Angebot der zahlreichen Kooperationspartner zu informieren.

Unser Versicherungspartner Signal Iduna sowie die BBBank informieren ebenfalls über ihr Angebot. Dabei bieten die Seiten zum derzeitigen Stand einen Überblick, das Projekt soll aber noch weiter ausgebaut werden.

Geschuldet war das Entstehen der Seite auch der Tatsache, dass die gewohnte Vorstellungstour der Gewerkschaften in den Hochschulen aufgrund der Corona-Einschränkungen nicht wie gewohnt stattfinden konnte!

Besonderes Highlight: Unsere JUNGE GRUPPE hat zu verschiedenen Themen Filme gedreht, die über die Homepage angeschaut werden können. Idee, Drehbuch, Texte, Maske und Stunts – das komplette Angebot wurde von unserer Nachwuchsorganisation ohne professionelle Hilfe umgesetzt!

Die Themen der Videos reichen dabei vom Beitritts Geschenk über die Seminare bis hin zum Nachhilfeangebot der JUNGEN GRUPPE. Insgesamt entstanden so im ersten Schritt zehn Filme, die auch über den „YouTube-Kanal“ der GdP abgerufen werden können.

Polizei Hessen - wir sind dabei!



Eine Info-Plattform für unsere neuen Kolleginnen und Kollegen!

Foto: Junge Gruppe Hessen

Auch dieser Teil des neuen Projektes soll im Laufe der Zeit noch ausgebaut werden, entsprechende Ideen stehen bereits vor der Umsetzung.

Insgesamt unterstreicht das neue Angebot die Vorreiterrolle der Gewerkschaft der Polizei bei allen Fragen rund um das Studium an der Hochschule für Polizei und Verwaltung. Davon zeugt auch die Zahl von derzeit ca. 2.000 studierenden Mitgliedern der GdP Hessen!

#gdphessen #wirhandeln

Harald Zwick

Jubilare

65-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Walter Stamm
Kreisgruppe Gießen-Wetzlar

60-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Leopold Herzog
Hans Weber
Alfred Gunkel
Wolfgang Swoboda
Konrad Jänicke
Klaus-Dieter Isele
Kreisgruppe Gießen-Wetzlar

50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Irmtraut Rehwald
Horst Bender
Alfred Beutel
Kreisgruppe Gießen-Wetzlar

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Horst Walter Köhler-Albach
Siegfried Schneider
Norbert Hartmut Mankel
Matthias Lederer
Uwe Clees
Klaus Schwab
Jürgen Schulz
Kreisgruppe Gießen-Wetzlar

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Natalie Adler
Olaf Pribbernow
Henning Sartor
Hartmut Sartor
Achim Weinhardt
Uwe Debus
Kreisgruppe Gießen-Wetzlar

Wir trauern um unsere Mitglieder

Hans-Frieder Mallon

Kreisgruppe Main-Kinzig

Bernd Mades

Kreisgruppe Offenbach

Gerhard Ratmann

Reinhard Wittke

Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg

Heinz Lipphardt

Kreisgruppe Bad Hersfeld/Rotenburg

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!